

Die Schulamtsdirektorin des Oberbergischen Kreises, Frau Kreitz-Henn, berichtet über den inkludierten Unterricht von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und Kindern ohne sonderpädagogischen Förderbedarf.

Zur Begrifflichkeit erläutert sie, Inklusion bedeute, dass behinderte Kinder Bestandteil des Systems (Gesellschaft) seien und nicht erst integriert werden müssten (Integration). Das Verfahren von der Feststellung des Förderbedarfs bis zur Schulwahl wird dargestellt. Ebenso werden die vorhandenen Kompetenzzentren vorgestellt, an denen sonderpädagogische Förderung durchgeführt wird. Sie berichtet, dem Oberbergischen Kreis sei vom Ministerium für Schule und Weiterbildung im Mai mitgeteilt worden, dass das gesamte Kreisgebiet ab 01.08.2011 als Pilotregion für Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung (KsF) berücksichtigt werde. Dies bedeute, dass die Jakob-Moreno-Schule, Gummersbach, die Alice-Salomon-Schule, Wipperfürth, und die Roseggerschule, Waldbröl, jetzt ebenfalls KsF seien. Für die vorher bereits als KsF genehmigten Förderschulen in Lindlar, Hückeswagen und Radevormwald sei die Pilotphase bis 31.07.2013 verlängert worden. Für die gemeindeübergreifenden KsF (Jakob-Moreno-Schule und Roseggerschule) bestehe eine Kooperation mit den beiden Förderschulen des Kreises in Vollmerhausen (emotionale und soziale Entwicklung) und Oberwiesl (Sprache). Auf die verteilte Tischvorlage, die dem Protokoll als Anlage beigelegt ist, wird verwiesen.

Des Weiteren verdeutlicht Frau Kreitz-Henn, in welchem Umfang die im Rahmen des GU-Unterrichts evtl. anfallenden und vom Schulträger zu tragenden Mehrkosten für besondere sachliche Ausstattungen, bzw. Lehr- und Unterrichtsmittel -wie sie beispielsweise für seh- oder hörgeschädigte SchülerInnen notwendig seien- über den Landschaftsverband Rheinland (LVR) bezuschusst werden könnten.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass sowohl Sonderpädagogen als auch Integrationshelfer den Unterricht an GU-Schulen unterstützend begleiten.

Im Anschluss berichtet die an der GGS Marienheide eingesetzte Sonderpädagogin, Frau Knoche, über den dort bereits stattfindenden GU- Unterricht.
Eine zusammenfassende Übersicht ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Ausschuss erkundigt sich nach der Akzeptanz des GU seitens der Eltern von Schülern ohne sonderpädagogischen Förderbedarf.

Frau Khaliji erklärt, dass die Eltern durchweg positiv auf diese Unterrichtsform reagierten, zumal auch Kinder ohne sonderpädagogischen Förderbedarf von der zusätzlichen Unterstützung durch eine Sonderpädagogin profitieren würden. Darüber hinaus werde die soziale Kompetenz der Schüler gefördert. Es sei auch nicht zu erkennen, dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf Mobbing ausgesetzt seien.

Frau Knoche erkundigt sich, ob es möglich sei, notwendiges Testmaterial für den GU-Unterricht durch die Gemeinde zu finanzieren.

Herr Eggert sagt zu zu prüfen, ob eine Finanzierung durch den Schuletat möglich sei und regt gleichzeitig an, dass dieses Material von allen gemeindlichen GU-Schulen genutzt werden solle.